

15. November 2018 - 00:04 Uhr · (hn) · Wirtschaft

"Demokratieverträglicher Klimaschutz"



Ein gewohntes Bild für Autofahrer: Die Preise für Diesel sind gleich hoch oder höher wie jene für Benzin. Bild: VOLKER WEIHBOLD

LINZ. Beim Forum Economy an der Uni Linz wurden konkrete Lösungen diskutiert

"Wir dürfen keine Luftschlösser bauen, Klimaschutz muss demokratieverträglich sein", sagte der Linzer Ökonom Friedrich Schneider beim Forum Economy des Energie-Instituts an der JKU Linz.

Dabei sind die Herausforderungen enorm. Die Weltwirtschaft steht vor einem tiefgreifenden Wandel, bei dem das Energiesystem eine entscheidende Rolle spielen muss.

Der gestern, Mittwoch, präsentierte World Energy Outlook der Internationalen Energieagentur (IEA) zeigt zwar, dass der Anteil der erneuerbaren Energiequellen steigt, gleichzeitig aber auch der Ausstoß von Treibhausgasen. Der Energiehunger der Welt ist einfach zu groß. Bis 2040 werde die Nachfrage nach Öl weiter steigen. Heuer erreichen auch die CO₂-Emissionen einen neuen Höhepunkt. "Es wird immer schwieriger, Licht am Ende des Tunnels zu erkennen", sagte IEA-Generalsekretär Fatih Birol gestern bei Pressegespräch in Wien.

Vom Reden ins Tun kommen

Bei diesem Pressegespräch war auch Verbund-Aufsichtsratschef Gerhard Roiss dabei, der darauf verwies, dass man bei den technischen Innovationen zur Bekämpfung des Klimawandels schon recht weit sei, allerdings hinke man bei den politischen Rahmenbedingungen noch nach. "Die Lage ist sehr ernst. Es wird sehr viel geredet, aber wir müssen endlich ins Tun kommen", sagte der frühere OMV-Generaldirektor.

Was man tun könnte, zeigte Ökonom Schneider mit seinem Kollegen Sebastian Goers von der Abteilung Energiewirtschaft des Energie-Instituts. Die beiden Wissenschaftler präsentierten ein Modell einer ökologischen Steuerreform: Eine Erhöhung der Mineralölsteuer und eine Einführung einer CO₂-Steuer von 25 Euro pro Tonne. Die 1,4 Milliarden Euro, die diese brächte, würden aber wieder in Form einer Senkung der Lohnnebenkosten, Kompensationstransfers an einkommensschwache Haushalte und zusätzliche Innovationsförderung zur Gänze rückverteilt.

Quelle: nachrichten.at

Artikel: <https://www.nachrichten.at/nachrichten/wirtschaft/Demokratievertraeglicher-Klimaschutz;art15,3064472>

© OÖNachrichten / Wimmer Medien 2018 · Wiederverwertung nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung